



Übersichtsplan

M 1:5000



Stadt Hildesheim

Teilaufhebung des
Bebauungsplans HO 252
" Südlich der Berliner Straße "

05/16

Rechtsgrundlagen

Für diese Teilaufhebung des Bebauungsplans gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)
- das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434)

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Teilaufhebung bezieht sich auf den im Übersichtsplan auf Seite 1 gekennzeichneten Bereich.

§ 2 Aufhebung

Der Bebauungsplan HO 252 wird im Geltungsbereich dieser Teilaufhebung ersatzlos aufgehoben.

Verfahrensvermerke

Der Entwurf dieser Teilaufhebung des Bebauungsplans HO 252 wurde ausgearbeitet vom Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim.

Hildesheim, den 20.04.2016

(Brouër)

<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den ..20.04.2016..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung</p> <p>..gez..S..Brouër.....</p>	<p>Die Aufstellung dieser Teilaufhebung des Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs.1 BauGB (neueste Fassung) vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am ...24.02.2016..... beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ...19.03.2016..... in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom ..22.03.2016..... bis ..21.04.2016..... Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Hildesheim, den ..07.09.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>..gez..S..Brouër.....</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieser Teilaufhebung des Bebauungsplans hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am ..18.05.2016.... zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den ..07.09.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>..gez..S..Brouër.....</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu dieser Teilaufhebung des Bebauungsplans hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..07.06.2016..... bis ..06.07.2016..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am ..28.05.2016..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..07.09.2016..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>..gez..S..Brouër.....</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zu dieser Teilaufhebung des Bebauungsplans hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom bis erneut zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>.....</p>	<p>Diese Teilaufhebung des Bebauungsplans wurde gem. § 10 BauGB und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom ..24.10.2016..... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den ..19.05.2017.....</p> <p>..gez..Dr..J.Meyer..... (L.S.) Oberbürgermeister</p>
<p>Der Beschluss der Teilaufhebung des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am ...05.07.2017.... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan und die örtliche Bauvorschrift sind damit am ..05.07.2017..... rechtsverbindlich geworden und liegen zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den ..31.05.2017..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>..gez..S..Brouër.....</p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Teilaufhebung des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..24.09.2018..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>..gez..Kraaz.....</p>